

Wie will DIE LINKE das, was sie will, finanzieren? **S. 2**

Abrüstung, Frieden und gegen jeden Krieg **S. 4**

Europa, ja oder nein? Wie weiter mit Europa? **S. 6**

Für Unentschlossene: Zehn Gründe für DIE LINKE **S. 8**

**DIE LINKE.**

# IM LANDKREIS LEIPZIG

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.



**Stimme  
des Ostens**

Bild: (C) DIG Trilon



**Simone Luedtke, Borna**

Das Versprechen aller Bundesregierungen seit der Vereinigung, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, ist gebrochen worden. Deshalb brauchen wir eine sofortige Angleichung der Renten und Gehälter. Die Hinhaltepolitik muss beendet werden, wenn die Betroffenen noch zu ihren Lebzeiten Gerechtigkeit erfahren sollen. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für den Osten.



**Maria Gangloff, Böhlen**

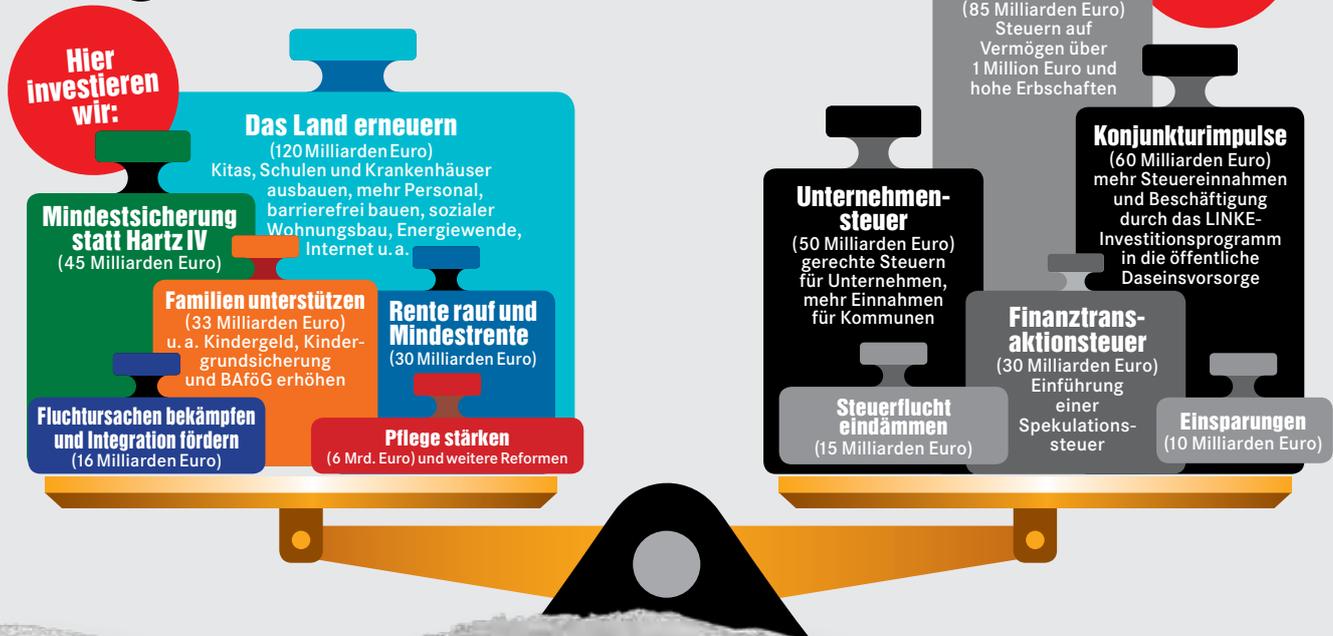
Die Abwärtsspirale bei der Finanzierung der Kommunen muss gestoppt werden, denn durch diese sinkt die Lebensqualität, insbesondere im ländlichen Raum. Kulturveranstaltungen, Schwimmbäder, kommunaler Wohnungsbau und Jugendzentren sind als erstes mit betroffen. Die von der LINKEN geforderte Gemeindevirtschaftssteuer wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

# Durchgerechnet: So finanzieren wir soziale Gerechtigkeit

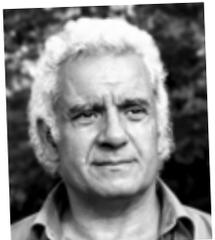
## DIE LINKE.

DIE LINKE will einen Aufbruch in eine solidarische Gesellschaft. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, aber die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum im Interesse aller einsetzen. Kein Weiterso mit neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik! Wir machen konkrete Vorschläge, wie unsere Forderungen finanzierbar sind. **Unser Programm ist durchgerechnet.**

## So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Grafik: © DIG/Trialon



**Jörg Diecke, Grimmia**

Ich wähle DIE LINKE, weil sie Kultur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreift. Es kann nicht sein, dass Haushaltsnotlagen zur Schließung wichtiger kultureller Einrichtungen führen. Auch im ländlichen Raum muss eine solide Finanzierung her.



**Bernd Laqua, Bennewitz**

Die Möglichkeit der Internetnutzung darf weder vom Wohnort noch vom Einkommen oder dem sozialen Hintergrund der Einzelperson abhängen. Die Förderprogramme des Bundes müssen dem Bedarf angepasst werden. Wir brauchen gleiche Standards für den ländlichen Raum wie in den Großstädten. Um zukunftsfähig zu werden, ist ein umfassender Breitbandausbau mit Glasfaser FTTB/FTTH notwendig.



Bild: Jeanne Menjoulet - Gouvemall Rudder - CC BY 2.0

# DIE LINKE drückt sich nicht vor klaren Ansagen in der Steuerpolitik

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt auseinander. Zugleich ist unser Gemeinwesen – Schulen, Turnhallen, öffentliche Verwaltung, Polizei und Justiz – in beklagenswertem Zustand. Ein starker Wohlfahrtsstaat und soziale Gerechtigkeit – der Schlüssel dazu liegt in einem solidarischen Steuersystem.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen klaren Kurs in Richtung Umverteilung fährt. Unsere Millionärsteuer auf Nettovermögen ab einer Million Euro würde dafür sorgen, dass seit 1997 endlich wieder eine Vermögensteuer erhoben wird. Zweitens müssen Unternehmen wieder eine höhere Körperschaftsteuer zahlen. Eine reformierte Erbschaftsteuer würde drittens verhindern, dass überbordender Reichtum von Generation zu Generation übertragen wird. Eine Finanztransaktionsteuer würde viertens

spekulative Geschäfte an den Finanzmärkten zurückdrängen. Und nicht zuletzt wollen wir Steuerhinterziehung wirkungsvoll bekämpfen und den Steuervollzug verbessern, damit nicht der Ehrliche der Dumme ist. Die anderen Parteien drücken sich in ihren Wahlprogrammen um klare Ansagen. Mut zur Veränderung sieht anders aus. Ein Beispiel dafür ist die Einkommensteuer – DIE LINKE wird als einzige konkret. Wer weniger als 7100 Euro im Monat (rund 86.000 Euro im Jahr) Lohn erhält, muss weniger zahlen. Wer über ein höheres Einkommen verfügt, wird stärker belastet. Wer so arm ist, dass er oder sie kaum Steuern zahlen kann, hat natürlich nichts von Steuersenkungen. Auch unsere reformierte Einkommensteuer bringt dann nur wenig. Daher bleiben Einkommen in Höhe unserer Grundsicherung (monatlich 1050 Euro) komplett steu-

erfrei. Wir wollen, dass jede und jeder, der arbeiten will, auch vernünftig entlohnt wird – etwa durch einen höheren Mindestlohn und weniger Leiharbeit und Befristungen. Wir wollen, dass Lebensleistungen, die unentgeltlich erbracht werden – wie Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen – auch honoriert werden. Gegen Altersarmut brauchen wir ein höheres Rentenniveau. Und wo es keine Arbeit gibt, dürfen Menschen nicht mit den Schikanen und niedrigen Sätzen von Hartz IV abgespeist werden. Ein Programm für Gerechtigkeit und Gleichheit, und das möglichst konkret – unter den Parteien haben wir dafür das überzeugendste Angebot.

»» DIE LINKE wird als einzige konkret. Wer weniger als 7.100 Euro im Monat Lohn erhält, muss weniger zahlen. «



**Wolfram Lenk**, Regis-Breitingen

Die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer, wie sie DIE LINKE fordert, wäre ein großer Fortschritt: Alle unternehmerisch Tätigen mit höherem Einkommen sollen einzahlen, sie können die Steuer aber mit der Einkommenssteuer verrechnen. Gleichzeitig soll die Gewerbesteuerumlage abgeschafft werden. Von der damit verbundenen finanziellen Entlastung würde der ländliche Raum profitieren.



**Kerstin Köditz**, Grimma

Das Oktoberfestattentat mit 13 Toten und die Morde des NSU sind herausragenden Warnzeichen in der Blutspur des Terrors von rechts. Die extreme Rechte ist nicht nur eine Gefahr für die Demokratie, sondern vor allem für alle Menschen, die deren Vorstellungen nicht entsprechen. Unser Ziel als LINKE ist die Gleichheit aller Menschen. Eine starke LINKE ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung dieses Ziels.

# Investitionen in den Sozialstaat statt Aufrüstung!

Die NATO, allen voran US-Präsident Donald Trump, verlangt, dass wir zukünftig noch mehr Geld in die Rüstung stecken sollen. Konkret bedeutet das eine Aufstockung der Militärausgaben von 37 Mrd. Euro auf 70 Mrd. Euro, jedes Jahr. CDU und SPD stimmten in der letzten Sitzungswoche für diese Erhöhung. In einer Zeit, da in Deutschland große soziale Spannungen herrschen, setzt die Regierungskoalition auf Aufrüstung, die niemandem nutzt, außer der Rüstungsindustrie. Dieses Geld kann sehr viel sinnvoller ausgegeben werden.

Statt der Kriegsschiffe K 130 und der Leopard-Kampfpanzer können mit 3,6 Mrd. Euro die Zuschüsse des Bundes für die soziale Wohnraumförderung auf 5 Mrd. Euro erhöht werden. So könnten bis zu 250.000 Sozialwohnungen im Jahr entstehen.

Statt die kommenden fünf Jahre 6 Milliarden Euro für neuen Waffensysteme auszugeben, könnten zusätzlich rund 28.000 gut bezahlte Pflegefachkräfte für die Altenpflege finanziert werden um den aktuellen Personalnotstand wirkungsvoll zu bekämpfen. Wir wollen ins Allgemeinwohl investieren: In Bildung, guten öffentlichen Nahverkehr, Krankenhäuser und bessere Pflege, höhere Renten, mehr Kindergeld, und wirkliche Entwicklungshilfe, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

**Wählen Sie am 24. September  
DIE LINKE, und damit Abrüstung  
und Sozialstaat.**



**Silka Funke, Markkleeberg**

Besserverdienende werden im aktuellen Steuersystem nicht ausreichend an der Finanzierung der Gesellschaft beteiligt. DIE LINKE ist die einzige Partei, die über ein durchgerechnetes Konzept zur Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen verfügt. Deshalb ist sie die richtige Wahl für eine gerechtere Gesellschaft.



**René Jalaß, Leipzig**

In Deutschland gibt es seit Jahren über eine Million Langzeitarbeitslose, die mehr oder weniger von der Gesellschaft abgehängt sind. DIE LINKE verfügt über ein Konzept und praktische Erfahrungen zu öffentlich geförderter Beschäftigung. Nur über diesen Weg kann es gelingen, diesen Menschen wieder eine Perspektive und Anerkennung zu bieten. Und die Hartz-IV-Schikane gehört restlos abgeschafft!



# Dr. Axel Troost: Unser Wirtschaftsexperte, Ihr Direktkandidat



Ich wohne gerne in der Region Leipzig und freue mich immer wieder, in meinem Wahlkreis unterwegs zu sein. Die Menschen im Landkreis Leipzig sind der Sinn und die Messlatte für meine Arbeit in Berlin. Denn auch trockene Fachthemen, wie beispielsweise der Länderfinanzausgleich, die Einkommen- oder die Finanztransaktionssteuer, haben starke Auswirkungen auf die regionalen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Seit ich 2005 erstmals in den Bundestag gewählt wurde, prüfe ich stets: Was würde dieser Gesetzesentwurf für meinen Wahlkreis, für Sachsen, für Ostdeutschland bedeuten?

Trotz vieler Fortschritte sind - selbst 25 Jahre nach der deutschen Einheit - noch immer gravierende Unterschiede zwischen Ost und West zu spüren, etwa bei den Vermögen, den Renten und der Arbeitslosenquote. Nach wie vor werden die ostdeutschen Länder in einigen Belangen politisch schlechter gestellt, skandalöses Beispiel sind die immer noch nicht angeglichenen Ost-

Renten. Das betrifft auch die Lebensleistung der Menschen in Sachsen und dem Landkreis Leipzig.

Wir LINKEN finden uns nicht damit ab: Die Besonderheiten der ostdeutschen Länder müssen besonders berücksichtigt werden. Vor allem bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen und durch eine gezielte Investitions- und Wirtschaftspolitik zugunsten strukturschwacher Regionen. Als einer der vier stellvertretenden Parteivorsitzenden der LINKEN ist und bleibt mein Ziel die grundgesetzlich garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für alle Menschen in unserem Land! Bei meinen Aufgaben hilft mir meine jahrzehntelange Beschäftigung mit linker Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das alles macht mich in mehrfacher Hinsicht zu einem Schwergewicht in Partei und Parlament.



**Peter Poppe, Wurzen**

Kommunale Daseinsvorsorge muss sich am Bedarf und an den Bedürfnissen der am stärksten Benachteiligten orientieren. Kommunen des ländlichen Raumes müssen auf Bundesebene endlich einbezogen werden, wenn Gesetzesentwürfe erarbeitet werden, die kommunal relevant sind. Das gilt auch für den Breitbandausbau auf dem Land. DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für eine Stärkung der Kommunen ein.



**Jens Kretzschmar, Wurzen**

Über die Jugend wird meist nur gesprochen, wenn es Probleme gibt. Klamme kommunale Kassen tun ihr übriges, um Projekte für mehr Jugendbeteiligung im Keim zu erstickern. Um dem entgegenzuwirken müssen Kinder und Jugendliche in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation gestärkt und der Aufbau von Kinder- und Jugendparlamenten unterstützt werden. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.



**Andreas Schöpe, Grimma**

Ein hoher Grad an Tarifbindung ist für Arbeitnehmer wichtig! Wo Unternehmen Tarifflicht begehen, sinken häufig die Löhne; prekäre Arbeit, Stress und die Erpressbarkeit der Belegschaften nehmen zu. In diesem Punkt achte ich DIE LINKE, die für eine Umverteilung des Reichtums von den Profiten zu den Löhnen sowie die Tarifbindung kämpft. Die Löhne für Gering- und Normalverdienende müssen deutlich steigen!



**Thomas Lang, Geithain**

Die Probleme der Welt lassen sich nicht mit Krieg und Gewalt lösen. Darum müssen sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort gestoppt und Waffen- und Rüstungsexporte verboten werden. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich glaubwürdig für den Frieden einsetzt.

# Ach,

## Axel Troost: Die EU geht auch solidarisch!

Die Europäische Union steht vor einem Scherbenhaufen. Die missglückte Krisenpolitik hat unzähligen Menschen in Südeuropa das Auskommen und die Würde genommen und gleichzeitig demokratische Grundprinzipien mit Füßen getreten. Auch in anderen Staaten hat sich das Wohlstandsversprechen der EU nicht erfüllt – nicht nur zwischen den Staaten, auch innerhalb der Staaten hat die Ungleichheit zugenommen. Das schafft Frust und Enttäuschung. Mit dem Flüchtlingsdrama und dem Brexit hat sich die politische Krise in Europa noch weiter zuge-spitzt. Wirtschaftsinteressen genießen in der EU Vorfahrt. Große Unternehmen bedanken sich dadurch, dass sie die Staaten bei Arbeitnehmerrechten, bei Umweltstandards und Steuern gegeneinander ausspielen. Von den Parteien, die Banken groß gepöppelt haben, sich für eine

lasche Regulierung von Auto-Abgasen einspannen ließen und Freihandelsabkommen zu Lasten von Umwelt und Verbrauchern vorantreiben, ist eine andere EU nicht zu erwarten. Wenn die EU und der Euro überleben sollen, müssen sie radikal reformiert werden. Die nächsten vier Jahre werden dafür entscheidend sein. Eine Wettbewerbsunion, wie sie Angela Merkel anstrebt, wird nur noch mehr Abgehängte produzieren und auch in Deutschland den Druck auf Löhne und den Sozialstaat erhöhen. An die Stelle des Europas der Eliten und der Konzerne wollen wir ein solidarisches und demokratisches Europa setzen. Wo andere die Nationalitäten gegeneinander ausspielen, sagen wir den Macht- und Geldeliten den Kampf an. Mit Duckmäusertum geht das nicht! Wir brauchen weniger Konkurrenz, dafür aber mehr soziale Rechte, mehr Umverteilung und

vor allem in der Währungsunion ganz neue Mechanismen zum Ausgleich. Das Europäische Parlament muss gestärkt und die Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. Denn sonst wird sich Europa weiter in Gewinner und Verlierer teilen, auf lange Sicht werden dann alle Staaten verlieren. Der Nationalstaat ist nicht in der Lage, die globalen Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrisen, des Klimawandels, der Migrationsbewegungen und des Terrorismus zu bewältigen. Die Welt braucht mehr internationale Kooperation, um diese Aufgaben zu bewältigen. Dafür setzen wir auf ein soziales, demokratisches und friedliches Europa – im Gegensatz zum Weiter-So und dem Rückwärtsgang anderer Parteien. Geben Sie auch deswegen mir und der LINKEN Ihre Stimme!



**Prof. Dr. Peter Lipinski, Bennewitz**

Die Gewährleistung einer bezahlbaren Mobilität der Bevölkerung ist eine Daseinsvorsorge. Der jetzige ÖPNV genügt dem nicht, muss schnellstens flächen-deckend auch im ländlichen Raum vorwiegend durch Steuermittel erweitert und attraktiver gestaltet werden sowie auch für die Nutzer bezahlbar sein. Eine inzwischen zum Automatismus gewordene jährliche Fahrpreiserhöhung lehnt DIE LINKE ab.



**Ulrich Gäbel, Brandis**

Ungleichheit beginnt bereits in der Schule. Privatisierungen von öffentlichen Bildungseinrichtungen müssen gestoppt und umgekehrt werden. Stattdessen müssen Gemeinschaftsschulen her, in denen Kinder unterschiedlichster Herkunft länger gemeinsam lernen. Da Bildung weder vom Geldbeutel noch vom jeweiligen Bundesland abhängen darf, muss das Kooperationsverbot abgeschafft werden.



**Peter Petters, Rötha**

Die Bergleute der DDR-Braunkohleveredlung kämpfen seit über 20 Jahren um ihr gutes Recht: Die Anerkennung ihrer Arbeit als bergbauliche Tätigkeit und den dementsprechenden Rentenanspruch. Eine Härtefallregelung, wie sie die SPD ins Spiel bringt, möchte die Betroffenen mit einem Scheck abfertigen. Es geht aber um mehr: Die Anerkennung der Lebensleistung. Nur eine starke LINKE kann dafür Sorge tragen.



**Enrico Stange, Leipzig**

Die Europäische Union ist das Versprechen, Konflikte mit einander friedlich zu lösen. Diese Vision muss auch weiterhin Europa leiten. Deshalb darf niemand ökonomisch oder politisch von der EU abgehängt werden. Dafür wollen wir Europa auf gerechte Weise neu starten. Das geht nur mit DIE LINKE.

# Europa!

**Tilman Loos (29)**  
ist Jugendkandidat zur Bundestagswahl und wählbar mit der Zweitstimme.



„Wie bist du in die Politik gekommen?“ fragen mich manchmal einige Leute. Dabei ist schon die Frage etwas seltsam, denn „die Politik“ gibt es nicht, weder als geschlossene Einheit noch als Ort. Politisch ist das meiste was wir tun, und auch wer nichts tut, handelt politisch: Er oder sie sorgt nämlich dafür, dass alles bleibt, wie es ist. Auch das ist politisch. Da ich aber finde, dass vieles falsch läuft, handele ich anders politisch: Ich will etwas verändern. Über Jahrzehnte hinweg hat der Neoliberalismus regiert und mit ihm das Dogma „Profit vor Menschen“. Das ist nicht meine Vorstellung

von der Welt, als linker finde ich: Gemeinnutz vor Eigennutz, öffentlich vor privat, Solidarität und Kooperation vor Wettbewerb und Konkurrenz. Als Jugendverband steht unser Engagement daher gerade unter dem Motto „Make Solidarity great again!“.

Auch sonst lohnt es sich, DIE LINKE zu wählen:

- Wir wollen sinnvolle Bahn- und Busanbindungen auch auf dem Land, kostenlose Tickets für Schüler\*innen, Azubis und Student\*innen.
- Wir möchten eine progressive Drogenpolitik, die auf Aufklärung statt auf Repression setzt. Portugal und Tschechien zeigen, wie gut das

funktioniert.

- Der Mindestlohn muss rauf! Und alle, die erzählen, das würde nicht funktionieren, haben das gleiche schon erzählt, bevor der jetzige Mindestlohn eingeführt wurde - und sie hatten schon damals Unrecht.
- Wir wollen das Wahlalter senken und statt Pseudo-Beteiligung und Demokratie-Simulation echte Entscheidungsmöglichkeiten für junge Menschen.

Das ist freilich nur ein Auszug unserer politischen Ideen. Wer mehr herausfinden will, kann das z. B. hier tun:

[www.linksjugend-sachsen.de](http://www.linksjugend-sachsen.de)



**Ines Graichen, Borna**

Immobilienfonds und Finanzfirmen, die mit Wohnraum spekulieren, Mietshäuser kaufen, Mieter heraus drängen und große Gewinne einfahren, sind schon lange nichts ungewöhnliches mehr. Dieser Trend wird in absehbarer Zeit auch Mittelzentren in der Region erreichen. Um dem entgegen zu steuern, brauchen wir eine echte Mietpreisbremse, die flächendeckend und ausnahmslos gilt, wie sie DIE LINKE fordert.



**Peter Müller, Grimma**

Für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft sind zwei Dinge ausschlaggebend: Frieden und soziale Gerechtigkeit. Geld für Militär kann in sinnvollere Dinge wie Bildung investiert werden. Zur sozialen Gerechtigkeit gehören gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land, z. B. endlich eine Angleichung von Renten und Gehältern im Osten an Westniveau. Nur DIE LINKE vertritt diese Positionen glaubhaft.

# Zehn

# für

# Gründe

# DIE LINKE.

## 1

### Mindestlohn 12 €

Wir wollen den derzeitigen Mindestlohn auf 12 Euro anheben - damit das Geld wirklich zum Leben reicht und am Ende auch die Rente stimmt.

## 2

### Grundsicherung 1.050 €

Kein Mensch soll unter einem Existenzminimum von 1.050 Euro leben müssen - deshalb wollen wir eine sanktionsfreie Grundsicherung in dieser Höhe.

## 3

### Rentenniveau 53 %

Wir wollen das Rentenniveau auf 53 % anpassen und erreichen, dass künftig alle - auch Politikerinnen und Politiker - in die Rentenkasse einzahlen müssen.

## 4

### Solidarische Gesundheitsversicherung

Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin! Wir wollen eine gemeinsame Gesundheitsversicherung für alle.

## 5

### Spitzensteuersatz 53 %

Wir wollen den Steuersatz für die höchsten Einkommen wieder auf 53 % anheben. Das betrifft dann alle, die mehr als ca. 70.000 Euro im Jahr verdienen.

## 6

### Vermögenssteuer

Wir führen die Vermögenssteuer für Millionäre ein. Es kann nicht sein, dass Millionen von Armut betroffen oder bedroht sind, während es über 1 Mio. Millionäre gibt.

## 7

### Einführung der Finanztransaktionssteuer

Wir wollen eine Steuer auf Gewinne am Finanzmarkt („Spekulationssteuer“) - die bringt ca. 30 Mrd. Euro im Jahr ein.

## 8

### Lohnunterschied maximal 1:40

Wir schlagen vor, dass niemand mehr als vierzig Mal so viel verdienen sollte wie das gesellschaftliche Minimum.

## 9

### Gegen Kriegseinsätze

Wir sind Friedenspartei und lehnen Einsätze der Bundeswehr im Ausland ab - wir sind für Abrüstung statt Aufrüstung und wollen Fluchtursachen bekämpfen.

## 10

### Neustart der EU

Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union: Direkte Demokratie, mehr Rechte für das Parlament und gemeinsame Standards statt Staatenkonkurrenz.



**Bärbel Frommelt, Kitzscher**

Kunst ist kein Produkt, das immer weiter kommerzialisiert werden kann. Sie ist Mittel der Verständigung und Ausdruck der Freiheit, sich nicht mit der Realität abfinden zu müssen. Deshalb muss der öffentliche Kultursektor wieder gestärkt werden, damit Kunst für alle Menschen zugänglich ist und ihre Erschaffung nicht vom Geldbeutel des Künstlers abhängig ist.



**Dr. Roswitha Brunzlaff, Belgershain**

Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit auf 34 Milliarden Euro geschätzt. Vom Lehrermangel ganz zu schweigen. Statt ein überfälliges Investitionsprogramm aufzulegen, ist dieser Bundesregierung das Festhalten an ihrer „Schwarzen Null“ wichtiger. Diese Politik lässt sich nur mit einer Stimme für DIE LINKE abwählen.